

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Märzhälfte 1500.— Mk. Einzelverkaufspreis 120 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf: { 905 nur Redaktion.
 { 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile über deren Raum 300.— Mark, auswärtige 350.— Mark, für Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mk., für Reklamen 1200.— Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf: { 926 nur Geschäftsstelle
 { 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 69.

Donnerstag, 22. März 1923.

30. Jahrgang.

Sozialistenkonferenz in Paris.

Im Palais Bourbon fand eine Tagung sozialistischer Abgeordneter aus Frankreich, England, Italien und Belgien statt. Man sprach u. a. über die Entschädigungsfrage und die Befreiung des Ruhrgebietes. An der Konferenz nahmen teil von englischer Seite Mac Donald und General Thomson, Wamsley, Gillies und Charles Robert Burton, von belgischer Seite die Abgeordneten Camille Huysmans, Emile Vandervelde, Picard, Delvaux, von italienischer Seite die Abgeordneten Treves, Molitani, Mattiotti, von französischer Seite Leon Blum, Brada, Paul Boncour, Moutet, Vincent Auried und Lebas, ferner die beiden früheren Abgeordneten Renaudel, Comquet, der Generalsekretär der Partei Paul Faure, sowie der Pariser Stadtverordnete Andre De Troquer.

Es wurde beschlossen, eine aus je einem Vertreter der beteiligten Länder England, Frankreich, Italien und Belgien zusammengesetzte Delegation nach Berlin zu entsenden, die mit den deutschen Sozialisten über die Reparationsfrage und die Befreiung des Ruhrgebietes verhandeln soll.

Die Entschließung.

Paris, 21. März.

Die heute hier abgehaltene sozialistische Konferenz der alliierten Länder hat sich bis zum 29. März vertagt, um inzwischen der Delegation, die sich nach Berlin begibt, Gelegenheit zu geben, mit

der deutschen Sozialdemokratischen Partei zu verhandeln. Die Entschließung, die nach Beendigung der Beratung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

1. Eine Lösung des Reparationsproblems und des Problems der internationalen Sicherheit ist unerlässlich für den friedlichen Wiederaufbau Europas. Diese Lösung darf keinen politischen Hintertanken verbergen, der beispielsweise auf eine territorialen Expansion oder auf die künstliche Schaffung von Pufferstaaten ausgeht.
2. Die augenblicklich betriebene Ruhrpolitik kann keine Lösung dieser Probleme bringen, und wenn sie bis zu ihrer verhängnisvollen Krise weiterverfolgt wird, wird sie die wirtschaftlichen und politischen Gefahren verschärfen, die augenblicklich auf den europäischen Nationen lasten.
3. Die Eigenliebe aller Regierungen bildet im Augenblicke das Hindernis für Verhandlungen. Aus diesem Grunde ernannt diese Konferenz eine vierköpfige Delegation, die mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verhandeln soll über a) eine den augenblicklichen Notwendigkeiten angepasste Fassung des Frankfurter Reparationsplans und b) die Bedingungen, unter denen die internationale Sicherheit erlangt werden kann.

Wie bereits berichtet, besteht sie aus einem Engländer, einem Franzosen, einem Italiener und einem Belgier bestehende Delegation nach Berlin.

Anpassung der Grundsteuer an den Geldwert.

Die Grundsteuer ist von jeher das Stiefkind der Gesetzgebung gewesen. Nicht etwa, daß sie besonders angespannt worden wäre, vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Beweiserlich aber ist, daß in allen Ländern, auch in der Nachkriegszeit, viel veräußert worden ist, sodaß die Einnahmen aus der Grundsteuer heute fast ausnahmslos in keinem Verhältnis zur Entwertung der Mark stehen. Sicherlich stände es um diese Steuer besser, wenn auch hier die Reichsgesetzgebung eingegriffen und sie geregelt, den Ländern und Gemeinden aber Veranlagung, Erhebung und Ertrag der Grundsteuer völlig überlassen hätte. Leider haben sowohl Länder als auch unsere eigenen Landtagsfraktionen sich gegen diese Art der Regelung gewandt.

Eine weit stärkere Anspannung der Grundsteuer ist schon deshalb gerechtfertigt, weil in den seltensten Fällen gerade den Landwirten und Forstbesitzern auch nur annähernd richtig die erzielten Einkommen nachgerechnet werden können. Daß Großgrundbesitzer sich vor dem Kriege nicht schämten, Jahreserträge von einigen tausend Mark zu deklarieren, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, daß gutsituierte Landwirte meist nicht mehr Einkommensteuer zahlten als ein einfacher Handwerker. Die Grundsteuer aber war lächerlich gering, und sie ist heute noch lächerlich geringer, wenn man berücksichtigt, daß wir eine fünftausendfache Entwertung haben und daß die Landwirtschaft im Durchschnitt drei- bis viertausendfache Preise für ihre Produkte fordert und erhält.

Ein nachahmenswerter Anfang, die Grundsteuer in ein annehmbares Verhältnis zur Geldentwertung und zur Preissteigerung zu bringen, wird in dem kleinen Ländchen Anhalt gemacht, wo ein Gesetz zur Beratung steht, nach dem der feste Begriff des gemeinen Wertes für landwirtschaftlichen Besitz für die Veranlagung zugrunde gelegt wird, und zwar der Einfachheit halber der aus dem Jahre 1914. Für den so ermittelten Wert des Grundstückes wird nur der einfache Sollsteuerertrag errechnet, und zwar ist die Steuer progressiv gestaltet. Der kleine Besitz wird kaum zur Steuer herangezogen, während die größten Besitzer den zwölffachen Satz der kleinsten pro Hektar zu entrichten haben. In Preußen und auch in anderen Ländern war und ist es gerade umgekehrt. Hier ist die Belastung pro Hektar um so kleiner, je größer der Umfang des Besitzes wird, — eine unverantwortliche Schonung der großen zu Lasten der kleinen Besitzer. Die progressive Steigerung nach dem Umfang der Besitztum hat zweifellos den Vorteil, den Besitzer zur intensiven Wirtschaft anzureizen, und wir können uns sogar denken, daß, wenn diese Steuer in richtiger Weise von Ländern oder vom Reich angepaßt würde, mancher Latifundienbesitzer besser darauf sehen würde, daß aus dem kostbaren Boden mehr kostbare Güter, die wir so notwendig gebrauchen, herausgeholt würden. Jetzt sind die Grundsteuerlasten so gering und die Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte so hoch, daß es den Latifundienbesitzern häufig gleichgültig ist, ob der Ertrag pro Hektar gut, mittel oder schlecht ist. Die Rente wird immer noch so hoch sein, um ein angenehmes Leben führen zu können.

Der Gesetzentwurf der anhaltinischen Regierung hat an dieser für die Volkswirtschaft ungemein wichtigen Stelle ein, und von Rechts wegen müßten neben uns alle Parteien, die ein wirtschaftlich und finanziell gesundes Deutschland haben wollen, für die Anpassung der Grundsteuergesetze an das anhaltinische sein und selbst seine Verschärfung fordern.

Nach den Berechnungen in dem erwähnten Gesetzentwurf hat die Steuer in Anhalt folgende Wirkung:

Beispiel:

Nr.	Größe des Betriebes	Wert des Bodens (1914)	Steuerertrag
1	1,8 ha	3542,20 Mk.	0,85 Mk.
2	8,8	20908,80	2,36
3	29,0	64288,—	36,30
4	108,0	215064,—	215,—
5	400,0	800000,—	960,—

Dieser Steuerertrag aber drückt sich in einer bestimmten Roggenmenge aus, und da beträgt die Belastung in Roggen pro Hektar:

Beispiel Nr. 1 = 1 1/2 Pfund Beispiel Nr. 4 = 25 Pfund
 " 2 = 8 1/2 " 5 = 30
 " 3 = 15 1/2 " 8 = 15 1/2

Jeder, der nicht in den Geruch kommen will, einer infamen Steuerdrückbergerei das Wort zu reden, muß zu geben, daß die Belastung lächerlich gering ist, vor allem wenn berücksichtigt wird, daß heute schon in zahlreichen Fällen, in Anhalt sowohl als auch in Preußen und anderen Ländern, als Nachsumme der Gegenwart von wenigstens 8, häufig sogar von 16 und 20 Zentnern Roggen und Weizen pro Hektar beträgt. Hier zahlt der kleinere und mittlere an Grundsteuer eine Bagatelle, und selbst der Großgrundbesitzer mit 400 Hektar Land zahlt nur den Gegenwert von 120 Zentnern Roggen als Grundsteuer. Die Steuer wird vierteljährlich erhoben. Damit ist die Möglichkeit gegeben, sie beweglich zu gestalten und sie dem Durchschnittspreis des Roggens immer anzupassen. Ja, in dem Gesetz könnte sehr wohl eine Strafbestimmung Aufnahme finden, wonach Steuerzahlern die ihren Verpflichtungen zu spät nachkommen, neben Strafzuschlägen noch der Nachteil zuerkannt wird, daß, falls der Roggenpreis in die Höhe geht, der höhere Marktpreis zu entrichten ist.

Der Inhalt des Januar-Angebots.

U. Berlin, 21. März.

Aus der Hearst-Presse erfährt man jetzt den Wortlaut des deutschen Angebotes, welches feinerzeit auf der Pariser Konferenz gemacht werden sollte, von Poincare aber hintertrieben wurde. Die Hauptpunkte der vielbesprochenen Vorschläge Bergmanns waren folgende:

Zahlung von 30 Milliarden Goldmark. Die Summe sollte mittels dreier internationaler Anleihen aufgebracht werden, die durch ein internationales Bankkonsortium zu begeben sei. Die erste Anleihe würde 20 Milliarden betragen, die sofort auf Reparationskonto eingezahlt werden sollten, damit Frankreich bares Geld erhalte. Die zweite Anleihe nach fünf Jahren sollte 5 Milliarden, die dritte nach weiteren fünf Jahren ebenfalls 5 Milliarden betragen. Die deutsche Industrie und die Banken sollten dem internationalen Bankkonsortium die nötigen Garantien und Sicherheiten für die drei Anleihen gewähren. Drei Bedingungen waren daran geknüpft: Internationale Handelsfreiheit für Deutschland auf der Grundlage der Gleichheit mit anderen Nationen, schrittweiser Abbau der Rheinlandbesetzung, um die ungeheuren Kosten zu vermindern, vollständiger Rückzug der Besatzungstruppen aus Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Der amerikanische und der britische Vorkäufer waren zu jener Zeit nicht amtlich über den Inhalt der neuen Reparationsvorschläge unterrichtet.

Lord d'Abernons Londoner Mission.

Neue deutsche Vorschläge?

London, 22. März.

Der englische Gesandte in Berlin, Lord d'Abernon, ist Dienstag nachmittag in London eingetroffen und hatte bereits am Abend desselben Tages eine Unterredung mit Bonar Law und Lord Curzon. Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette“ versichert, aus autoritativer Quelle erfahren zu haben, daß Deutschland beabsichtige, Frankreich zur Regelung der Reparationsfrage neue Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge werden aber nicht nur Frankreich, sondern allen Verbündeten übermittelt werden. Mit dieser Absicht siehe auch der Besuch des Vorkäufers in Verbindung.

Die Autonomie Memels.

Memel, 22. März.

Das Memelstatut ist im Entwurf fertiggestellt. Es umfaßt insgesamt 28 Paragraphen. Über die Autonomie des Memelgebiets wird u. a. folgendes mitgeteilt:

Organe der Autonomie sind erstens der Landesrat und zweitens das Landesdirektorium. Der Landesrat wird für drei Jahre nach gleichem, geheimem und direktem Wahlrecht und nach proportionalem System gewählt. Das Landesdirektorium setzt sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. Es wird vom Landesrat berufen und entlassen. Der Sitz der Verwaltung des Gebiets ist die Stadt Memel. Einwohner anderer Teile des litauischen Staates und Ausländer bedürfen zur dauernden Niederlassung im Memelgebiet und zur Erwerbung unbeweglichen Vermögens der Zustimmung des Landesdirektoriums. Im öffentlichen Leben haben im Memelgebiet die deutsche und

die litauische Sprache die gleichen Rechte. Ihre Kenntnis ist für alle in öffentlichen Ämtern Bedienstete erforderlich. Die Einführung der Militärdienstpflicht und der militärischen Requisitionen findet nur mit Zustimmung des Landesrates statt, wo u eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten erforderlich ist. Im Falle eines Ueberalles auf die Staatsgrenzen tritt diese Bestimmung außer Kraft.

Die südslawischen Wahlen.

Belgrad, 21. März.

Die Stufenwahlen haben nach den bisher vorliegenden ziemlich vollständigen Berichten an erster Stelle eine wesentliche Stärkung der vom radikalen Kabinett Pajitchi vertretenen antirevisionistischen Politik innerhalb des serbischen Volkstammes, gleichzeitig aber auch eine merkliche Stärkung der revisionistischen Politik bei den Kroaten, Slowenen und bosnischen Mohammedanern gegeben. (Revision in bezug auf die zentralistische Staatsform; die kroatische Radikalarbeit und gewisse slowenische und bosnische Parteien wollen ihre Heimat selbständig haben.) Ein weiteres Merkmal ist die Zusammenballung der Serben in der radikalen Partei, der Kroaten in der republikanischen Radikalarbeit und der Slowenen in der kirchlichen Partei. Die von Protitch unter den Serben vertretene revisionistische Politik sowie der von Stojanowitsch vertretene Republikanismus erlitten einen gänzlichen Mißerfolg. Nicht einmal Protitch, der sich sonst großen politischen Ansehens erfreute, wurde ins neue Parlament gewählt. Die Mandate verteilen sich annähernd wie folgt: Antirevisionistische Radikale etwa 110 bis 120, antirevisionistische Demokraten gegen 40, verschiedene antirevisionistische Dissidenten ungefähr 10, revisionistische Kroaten etwa 60, revisionistische Slowenen gegen 20, revisionistische Mohammedaner etwa 15, sonstige Revisionisten ungefähr 20, und Unbestimmte gegen 20. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verfassung erscheint durch das Wahlergebnis, wenn nicht gerade erleichtert, so doch schon gesichert. Kommunistische Einflüsse waren fast gar nicht mehr fühlbar. Die Agrarpartei in Serbien wie in Bosnien hat nur ganz unbedeutende Erfolge aufzuweisen. Von den Winderheiten erlangten die Deutschen im Banat und der Batscha mehrere Mandate, vermutlich insgesamt 5. Mit Ausnahme ganz unbedeutender örtlicher Zwischensfälle in Agram und Ueslöv verliefen die Wahlen in Ruhe und Ordnung.

Die fünf gewählten Sozialdemokraten werden in dieser Meldung nicht aufgezählt. Die Kommunisten stehen unter einem Ausnahmegeretz und dürfen sich nicht rühren.

Die neue sächsische Regierung.

S. D. Dresden, 21. März. (Sig. Drahtb.)

Bei der heute vorgenommenen Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten wurde der bisherige sächsische Justizminister Gen. Dr. Zeigner von unierer Fraktion als Ministerpräsident vorgeschlagen und mit 49 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gewählt. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen stimmten geschlossen für den Volksparteiler Dr. Kaiser (38), die Demokraten stimmten für ihren Fraktionsvorsitzenden Senfert (8). Die Kommunisten gaben vorher eine Erklärung ab, daß ihre grundsätzliche Stellung zum bürgerlichen Parlament durch die Stimmabgabe für Dr. Zeigner nicht berührt werde. Vor der Vereidigung Dr. Zeigners als Ministerpräsident verließen die beiden Rechtsparteien den Saal.

Die Genossen Fellisch, Fleißner und Heib bleiben auf ihrem bisherigen Posten. An Stelle des Genossen Lipinski wird voraussichtlich Genosse Liebmann Minister des Innern. Als Arbeitsminister und Nachfolger des Genossen Ristau ist Genosse Graupe-Zwickau vorgelesen.

Dollar 20 800.

Angenommen, daß der Roggenpreis aus der Ernte 1923 im Durchschnitt 24 000 Mk. gegenüber 8 Mk. im Frieden — also das Dreitausendfache pro Zentner — beträgt, würde die Grundsteuerbelastung folgendes ergeben:

Größe:	Einfacher Steuerfuß:	Steuer nach dem Roggenpreis
1,8 ha	0,85 Mk.	1 050 Mk.
8,8	2,36	7 080
29,0	36,30	108 900
103,0	215,—	645 000
400,0	950,—	2 880 000

Die Steuer wird in Anhaft nur vom Lande erhoben. Den Gemeinden steht ein Zuschlagsrecht nicht zu. Es wäre auch falsch, das zuzubilligen, denn wenn es geschähe, würden Gemeinden mit großen Gemarkungen gegenüber denen erheblich im Vorteil sein, die nur eine kleine Gemarkung haben. Das Zuschlagsrecht sollte Sache der Landesgesetzgebung bleiben, weil von da aus bedürftigen Gemeinden die nötigen Zuschüsse gewährt werden können.

Direkt vorfindlich nimmt sich dagegen die preussische Grundsteuer aus, die vor einiger Zeit verabschiedet wurde und bei der es unseren Genossen nur mit großer Mühe gelungen ist, einige kleine Verbesserungen an der Regierungsvorlage durchzubringen, obwohl die Vorlage durch die Verhältnisse vollständig überholt war. Ja, man darf die Befürchtung hegen, daß die Kosten der Veranlagung der preussischen Grundsteuer und die Erhebung derselben fast die Einnahmen aufwiegen. Eine Steuer aber, die nur die Verwaltungskosten deckt, ist glatter Unsinn.

So wie es in Preußen liegt, ist es in Sachsen; in Bayern liegen die Verhältnisse noch schlimmer. Darum sollten unsere Genossen in den Ländern es als ihre Aufgabe betrachten, an die Ausschöpfung dieser ergiebigen Quelle, zum Wohle des Landes und der Gemeinden, heranzugehen, denn die finanziellen Nöte können keineswegs vom Reich behoben werden. Der Versuch, der in dem kleinen Lande Anhalt unter Führung unserer Parteigenossen unternommen wird, ist gut, und da für jeden Politiker der Grundgedanke gilt: Suchet das Gute und behaltet das Beste! sollte das löbliche Vorgehen kräftig Nachahmung finden.

H. K a h m a n n.

Generalstreikgefahr in Oberschlesien.

Orgelstertor in den Betrieben.

Was den Orgelstertor in der Ruhrgegend immer noch nicht gelungen ist, nämlich eine Breche in die Abwehrfront der Arbeiter zu schlagen, daß sie ihnen — leider mit Hilfe der Unternehmer — in Oberschlesien in um so gründlicherer Weise gelungen. Seit einigen Tagen haben die Belegschaften von fünf Gruben und zwei Hüttenwerken im Abwehrstreik gegen die Ausschreitungen und den Terror der Selbstschutze. Wenn es nicht gelingt, bis zum Mittwoch die Arbeitgeber eines besseren zu belehren, dann ist mit der Proklamierung des Generalstreiks für ganz Oberschlesien zu rechnen.

Die aus der Zeit der Herrschaft der internationalen Belegschaften nach bestehenden Reste der Selbstschutzeorganisationen sind von den Unternehmern auch nach der Belegung aufrechterhalten und auf die einzelnen Betriebe verteilt worden. Hier haben sie eine wahre Diktatur über die freien Arbeiter ausgeübt, gegen die von den Unternehmern nichts unternommen wurde, vielmehr machten sie sich das Treiben der Orgelsterte zuzugehen. Zwei Belegschaften, die energische Opposition wegen des immer unermöglichter werdenden Treibens der Selbstschutze erhoben, wurden vor einigen Tagen entlassen. Obwohl die Belegschaft die folgende Wiedereinstellung ihrer Vertrauensleute forderte, lehnte die Direktion dies ab. Die Folge war der Streik.

Es ist nun vorbestimmt festzustellen, daß es sich hier nicht um einen rein politischen Kampf, sondern um einen Streik handelt, der einen rein politischen Charakter trägt. Selbst herangezogene Führer des Bürgertums erkennen an, daß dieser Streik eine politische Notwendigkeit ist, um die unerhörten Uebergriffe der illegalen Organisationen gegen einzelne Personen und den Staat abzuwehren. Alle Bemühungen der Gewerkschaften und der Regierung, diesen bedauerlichen Kampf beizulegen, haben die Unternehmern zu ihrem Stolz und Stachel werden lassen. Man gewinnt den Eindruck, daß die obersteinsten Grubenbesitzer die Absicht haben, weil sie hoffen, daß aus ihr die Orgelsterteorganisation als der Sieger und die freien Gewerkschaften als die verlorene Schlacht hervorgehen.

Zu Mittwoch ist ein neuer Kongreß der Vertrauensleute anberaumt. Der Tagesordnung lautet: Erklärung des Generalstreiks für Oberschlesien. — Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß dieser Generalstreik verhängnisvoll wird, wenn nicht im Laufe des Mittwoch eine Einigung im Sinne der Arbeiter erreicht wird. Aus dem Hüttenberger Revier und aus polnisch-Oberschlesien liegen Meldungen vor, die ermutigen lassen, daß sich die meisten Arbeiter im Falle des Generalstreiks mit dem kämpfenden Kommando solidarisch erklären werden.

SPD. Glatzberg, 21. März.

Der Parteitag im Reichstag hat sich heute in der Sitzung des Reichstages mit der Beratung der Reichsfinanzgesetze beschäftigt. Die Verhandlungen nahmen einen durchaus günstigen Verlauf und zeigen, daß die Regierung — wie eine große Zahl von parlamentarischen Kreisen — die Absicht hat, die Reichsfinanzgesetze in der Form zu beschließen, die den Interessen der Reichsbevölkerung am meisten entspricht. Die Verhandlungen des Kongresses werden am Donnerstag fortgesetzt.

SPD. Die Verhandlungen über die Reichsfinanzgesetze sind heute in der Sitzung des Reichstages mit der Beratung der Reichsfinanzgesetze beschäftigt. Die Verhandlungen nahmen einen durchaus günstigen Verlauf und zeigen, daß die Regierung — wie eine große Zahl von parlamentarischen Kreisen — die Absicht hat, die Reichsfinanzgesetze in der Form zu beschließen, die den Interessen der Reichsbevölkerung am meisten entspricht. Die Verhandlungen des Kongresses werden am Donnerstag fortgesetzt.

hier gegen eine sozialdemokratische ein Handgranaten-Attentat verüben, Hotels stürmen und silberne Löffel stehlen, gegen all das und noch vieles andere hat ein so auf die preussische Ordnung eingeschworenes Blatt wie die „Kreuzzeitung“ natürlich gar nichts einzuwenden. Wenn aber ein paar halbtote Vurschen, die sich Kommunisten nennen, in irgend einer deutschstämmigen Versammlung Krach machen oder nur während der Versammlung unter dem Abhängen der Internationale vor dem Versammlungstisch vorbeiziehen, wenn in Stettin ein paar Arbeitslose Kravall machen oder wenn die SPD zur Abwehr das zahllose Hunderttausende bilden will, dann wird sofort die ganze Staatsgewalt zu mobilisieren versucht, weil hier der Volkshemismus angeblich sein Haupt erhebt, um zwei Revolutionen auszulösen. Für all die „hochbewussten Vorbereitungen“ wird natürlich der preussische Minister des Innern verantwortlich gemacht. Insbesondere legt man ihm jetzt die recht bedenklichen Zustände, die sich in Oberschlesien herausgebildet haben, zur Last.

Wir wollen uns mit dem Geschrei der deutschnationalen Presse nicht länger abgeben. Die nächsten Tage werden so viel Aufklärung bringen, daß auch dem großmäuligsten Deutschnationalen die Lust zum Schwadronieren vergehen wird. Vor allen Dingen werden wir dann sehr klar sehen, wer Schuld an den Zuständen in Oberschlesien ist. Weiß man im deutschnationalen Lager nicht, daß die obersteinsten Arbeiter sich gegen die Clique ehemaliger Offiziere auflehnt, die in den obersteinsten Betrieben, gestützt auf die der Reichswehr gestifteten Waffen, ein Schreckensregiment errichtet hat? Die Arbeiterklasse wird überall diese „nationale“ Betätigung der Bankrotteure von gestern und der Tabanquespieler von heute mit allen Mitteln bekämpfen.

Reichstag.

Der Reichstag beriet am Mittwoch die Beratung des Haushalts für das Reichsfinanzministerium. Der demokratische Abg. Döllus beschäftigte sich hauptsächlich mit Beamtenfragen und bezeichnete die Aufstellung als falsch, daß nur einzelne Gruppen der Postbeamtenhaft von dem Abbau betroffen würden. Der Abbau erstreckte sich auf alle Gruppen und sei angesichts der ungünstigen Verhältnisse im Volksbetriebe notwendig. Reichspostminister Seitz erklärte im Laufe der Debatte u. a., daß die Reichspost beabsichtigt, nach dem amerikanischen und englischen Vorbild Funkentelephonie mit Rundfunkern einzuführen. Die Besitzer von Empfangsapparaten könnten auf diese Weise wissenschaftliche und Vergnügungs-Vorrichtungen durch die Funkentelephonie genießen; man wolle aber verhindern, daß die Einrichtung sich zu einer Spielerei ausmaße und dadurch den ersten Funkentelephonie hindere. Auf eine kommunistische Anfrage, wie es mit dem Streikrecht der Beamten stehe, gab der Minister keine Antwort. — Unter Genosse Seppel polemisierte gegen den deutschnationalen Abg. Bruhn, der sich bekümmert hatte, weil ein Teil der höheren Beamten zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden sei. Ein Antrag, so erklärte unser Redner, könne man darin nicht erblicken, denn die zwangspensionierten Beamten erhielten ihr volles Gehalt. Die Beamtenfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien erstreckte sich viel mehr auf die oberen Beamten als auf die mittleren und für die unteren können sie überhaupt kein Interesse zu haben. Seppel beantragte, daß einige Entschuldigungen, die sich allein auf das Wahl der Oberbeamten und mittleren Beamten bezögen, noch einmal an den Spatenausgleich verwiesen würden, damit auch die Unterbeamten zur Wahrnehmung ihrer Interessen gelangen. — Der Reichspostetat wurde bewilligt, einige Entschuldigungen angenommen, darunter das Verlangen, in den besetzten Gebieten mehr Postautos in den Dienst zu stellen und die Tarife für diese Postautos so zu gestalten, daß sie auch von Mindereinkommenden benutzt werden können. Einige Entschuldigungen wurden dem Ausschuss überwiesen, damit die von ihnen aufgeworfenen Fragen bis zur dritten Staatsberatung geklärt werden können.

7100 Milliarden Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Der Reichstag mußte sich am Dienstag trotz des bevorstehenden Beginns des neuen Rechnungsjahres noch mit einem zwölfstündigen Nachtragsetat für 1922 beschäftigen. Der Etat wurde angenommen.

Der Reichstagspräsident hob hervor, daß sich die Notwendigkeit zu dem Nachtragsetat aus dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet und andere deutsche Landesteile ergabe. Die Folgen dieses Notstands für unsere Finanzwirtschaft sind pernicios. Sie seien dem Reiche unannehme neue Aufwendungen auf. Trotz des aufwändigen Desastres ist immer noch eine Verdoppelung der Ausgaben gegenüber dem Stande von Mitte Januar, als die fortschreitende Geldentwertung die Anfänge des letzten großen Nachtragsetats vom November vorigen Jahres schon beträchtlich überholt hatte, eingetreten. Während nunmehr durch den Einbruch ein großer Einnahmehausen entstanden ist im Eisenbahnverkehr, durch die eingeschränkte Kohlenförderung, Erleichterung einer neuen Kohlenzölle, Weisungnahme von Steuererträgen und sonstigen Maßnahmen usw. sind neue riesige Ausgaben entstanden durch Beibehaltung von Entschuldigungen aus dem Auslande, Lebensmittelförderung, Külförderung für die Kriegsbeschädigten und Verbandsleistungen an Gehältern und Pensionen. Das Programm der Regierung für die Befriedung des Reichshaushalts ist zerfallen: wir sind in einem Milliarden-Etat hineingetrieben. Der ursprüngliche Haushaltsplan der allgemeinen Reichsverwaltung setzt jetzt einen Fehlbetrag von 1,8 Milliarden Mark, der Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt der Reichsverwaltung ist auf 51,8 Milliarden Mark angewachsen. Der ursprüngliche Haushalt der Eisenbahnverwaltung läßt sich nach dem Gleichgewicht, die Folgen der Betriebsstörungen im Ruhrgebiet sind indessen noch nicht berücksichtigt. Auch hier werden sich Zuschüsse aus allgemeinen Reichsmitteln als notwendig erweisen. Die Ausgaben des Haushalts zur Befriedung des Friedensvertrages haben sich um mehr als 2 1/2 Milliarden Mark erhöht.

Der Fehlbetrag des Reichshaushalts für 1922 beträgt 7,1 Milliarden Mark.

Was im Reichstag am Montag 24,2 Milliarden Mark veranschlagt, es wurde um 6,9 Milliarden gehoben. Er verteilte sich mit 2,9 Milliarden auf die allgemeine Reichsverwaltung, mit 1 Billion auf die Reichsfinanzverwaltung und mit 2,1 Milliarden Mark auf den Haushalt der Eisenbahnverwaltung des Friedensvertrages. Zum Vergleich muß erwähnt werden, daß nach dem Rechnungsergebnis für 1920 der Reichshaushalt 12,1 Milliarden Mark und für 1921 16,8 Milliarden Mark betrug. Im Haushaltsplan für 1922 sind 1,8 Milliarden Mark weniger als im Haushaltsplan 1921 enthalten. 500 Milliarden waren bewilligt, und der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung soll einnahmefrei nicht auf Anleihe genommen, sondern aus verfügbaren Betriebsmitteln gedeckt werden. Zum Inhalt von Anleihe und Auslandsgeldern sowie von sonstigen Anleihegeschäften zur Sicherung der Volkswirtschaft wird dem Reichsminister ein Kredit von 400 Milliarden zur Verfügung gestellt.

Der Reichstagspräsident hob hervor, daß sich die Notwendigkeit zu dem Nachtragsetat aus dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet und andere deutsche Landesteile ergabe. Die Folgen dieses Notstands für unsere Finanzwirtschaft sind pernicios. Sie seien dem Reiche unannehme neue Aufwendungen auf. Trotz des aufwändigen Desastres ist immer noch eine Verdoppelung der Ausgaben gegenüber dem Stande von Mitte Januar, als die fortschreitende Geldentwertung die Anfänge des letzten großen Nachtragsetats vom November vorigen Jahres schon beträchtlich überholt hatte, eingetreten. Während nunmehr durch den Einbruch ein großer Einnahmehausen entstanden ist im Eisenbahnverkehr, durch die eingeschränkte Kohlenförderung, Erleichterung einer neuen Kohlenzölle, Weisungnahme von Steuererträgen und sonstigen Maßnahmen usw. sind neue riesige Ausgaben entstanden durch Beibehaltung von Entschuldigungen aus dem Auslande, Lebensmittelförderung, Külförderung für die Kriegsbeschädigten und Verbandsleistungen an Gehältern und Pensionen. Das Programm der Regierung für die Befriedung des Reichshaushalts ist zerfallen: wir sind in einem Milliarden-Etat hineingetrieben. Der ursprüngliche Haushaltsplan der allgemeinen Reichsverwaltung setzt jetzt einen Fehlbetrag von 1,8 Milliarden Mark, der Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt der Reichsverwaltung ist auf 51,8 Milliarden Mark angewachsen. Der ursprüngliche Haushalt der Eisenbahnverwaltung läßt sich nach dem Gleichgewicht, die Folgen der Betriebsstörungen im Ruhrgebiet sind indessen noch nicht berücksichtigt. Auch hier werden sich Zuschüsse aus allgemeinen Reichsmitteln als notwendig erweisen. Die Ausgaben des Haushalts zur Befriedung des Friedensvertrages haben sich um mehr als 2 1/2 Milliarden Mark erhöht.

kommen der erhöhten Wohnungsbaukosten gedeckt werden können. Der Etat des Reichsfinanzministeriums weist 5,2 Milliarden Mark zum Milchbezug für Säuglinge und Kleinkinder auf. Die Ausgaben des Etats des allgemeinen Personalfonds belaufen um 62,1 Milliarden in Folge des Gesetzes über die Teuerungsmassnahmen für Militärentner. Im Haushaltsplan der allgemeinen Finanzverwaltung sind zur Erhöhung der Teuerungsmassnahmen 300 Milliarden mehr eingestellt, zur Gewährung von Zuschüssen an die Länder aus Anlaß von Besoldungserhöhungen 900 Milliarden Mark mehr. Zur Abwehr der durch den Einbruch in das Ruhrgebiet und Rheingebiet entstandenen Schäden ist 1 Billion Mark eingestellt. Für Darlehen an notleidende Länder sind 160 Milliarden ausgeworfen. Die Ausgaben für die Besoldungsstruppen sind in Folge der Geldentwertung und Werteverminderung um 2 Milliarden Mark, die Reparations-Geldleistungen um 300 Milliarden Mark, die Ausgaben für die Einkäufe der Lebensmittel an Besoldungen 1,3 Milliarden Mark, die Kosten der Reparationskommission um 76,5 Milliarden Mark vorgesehen. Mit Zuschüssen an Liquidationsschäden wurden 26 Millionen Mark mehr eingestellt.

Die bayrischen Arbeiter sehen sich zur Wehr.

SPD. München, 21. März. (Sig. Drahtber.)

Die Aussprache im Verfassungskonstitut des bayerischen Landtages über die Auflösung aller nationalsozialistischen Stütztruppen und Sturmabteilungen in Bayern führte zur Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages und zur Annahme eines Antrages der bayerischen Volkspartei, der die Regierung lediglich empfiehlt, die Sturmabteilungen scharf zu überwachen und sofort zu unterdrücken. „Falls“ ihr Ziel auf Gewalttätigkeit, auf Bedrohung der Staatsgewalt oder auf Gefährdung der öffentlichen Ordnung ausgeht. — Bemerkenswert war die Sektiosität, mit der der Abg. Dr. Bohmuth, der Führer des rechten Flügels der bayerischen Volkspartei, äußerte, daß man bei Kommunisten und Nationalsozialisten nicht von einer äußeren Rechte und einer inneren Linken sprechen könne, sondern viel eher von feindlichen Brüder. — Auch der volksparteiliche Abgeordnete Schäfer konstatierte eine gewisse Verwandtschaft zwischen den extremen Richtungen. Die Kommunisten und Deutschnationalen bestritten dies, indem sie die Auffassung, indem sie zusammen gegen sämtliche Anträge stimmten.

Genosse Sängler konstatierte, daß die Regierung vollkommen machtlos und in der Hand ihrer reaktionären Kräfte sei, die mit dieser Bewegung verknüpft und verknüpft sind. Zum Beweise verliest Genosse Sängler ein Schreiben der Münchener Landespolizei, das den „Nationalen Verein“ zum Grundgesetz zum Preise von 700 Mark das Stück offeriert. Das sei eine Verhöhnung der Regierung und ein Beweis ihrer Ohnmacht. Die Gewalt der Arbeiter sei zu bewundern, die seit Jahren diese Provokationen ertragen. Die Latenzhaftigkeit der Regierung treibe unaufrichtigem dem Abgrund zu. — Genosse Timm, der Fraktionsführer der SPD, gibt eine Schilderung über die letzte nationalsozialistische Streikexpedition nach „Krautland“, den Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Ingolstadt und den schweren Landfriedensbruch in Amberg. Wenn die Sozialdemokratische Partei heute gesonnen ist, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, dann ist der Zustand bedauerlich; aber durch die vielen Uebergriffe auf unsere Redaktionen und Druckereien sind wir gezwungen, diese Maßregeln zu ergreifen. Diese Sachen werden eine Diktatur der Straße einführen, die wir uns nicht länger bieten lassen. Die Regierung arbeitet vollkommen einseitig, das beweist die Praxis der Verfassungskonstituente und der Nationalen. Den Nationalen stehen die Einrichtungen des Saates zur Verfügung, z. B. das Kassens der Landespolizei. Arbeitsreiches Geschäft aus allen Teilen des Reiches strömt hierher als „Krautland“ auf und wir unter nationalsozialistischer Führung die „Münchener Kraft“. Diese Bewegung führt zum Bürgerkrieg. Die nationale Diktatur wird während der Widerstand im ganzen Lande stehen. Wer an die nationalen Leidenschaften appelliert, wird jämmerlich schiffbrunn sein. Wir verlangen die effektiv garantierte Verfassungskonstituente. Die Stütztruppen bedeuten praktisch die Aufhebung der Regierungsgewalt.

Genosse Timm verwahrt sich im Schlußwort gegen die Freiführung durch den Namen Nationalsozialisten. Nichts hat diese Treibhauspolitik gemein mit der Kulturbewegung der Sozialdemokratie. Wenn wir zur Abwehr schreiten, dann ist das durchaus berechtigt, wir lassen nicht weiter auf uns herumtrampeln. Wir sehen uns durch, so oder so! Werden die Sturmtruppen nicht aufgelöst, werden wir in aller Öffentlichkeit ebenso handeln. Wir verlangen Gleichberechtigung für alle.

Delegiertenversammlung der Bahngewerkschaft.

SPD. Leipzig, 21. März. (Sig. Drahtber.)

Heute vormittag wurde hier die diesjährige Delegiertenversammlung der Deutschen Bahngewerkschaft in Anwesenheit von 200 Vertretern durch den Präsidenten der Gewerkschaft, Gen. Kiehl, eröffnet. Als Vertreter des Fas-Bundes, dem die Bahngewerkschaft angeschlossen ist, überbrachte Gen. Süß-Berlin Grüße und Wünsche. Die Verhandlungen der Delegiertenversammlung werden geheim und nur für die Mitglieder und die Vertreter der Presse zugänglich sein.

Moskauer Bluff.

Durch Wolffs Bureau wird ein Moskauer Telegramm der offiziellen russischen Telegraphenagentur verbreitet, wonach am 18. März ein „Russischer Kongreß der Sozialrevolutionären Partei“ in Moskau zusammengetreten sei, an dem 400 Delegierte teilnahmen und der die Absicht habe, die Sozialrevolutionäre Partei zu liquidieren und eine gemeinsame Front mit den Kommunisten zu schaffen.

Wer die Verhältnisse in Russland auch nur einigermaßen kennt, muß den lächerlichen Charakter dieser Meldung sofort erkennen. Es ist allgemein bekannt, daß die Sozialrevolutionäre Partei, ebenso wie jetzt auch die Sozialdemokratische Partei Russlands, ein tiefes Dasein fristet und von den Behörden auf das heftigste verfolgt wird. Es ist ferner allgemein bekannt, daß das Zentralkomitee der Sozialrevolutionären Partei im verflochtenen Sommer nach mehrjähriger Gefängnishaft zum Tode verurteilt wurde und daß die Verurteilten noch heute unter der ständigen Drohung der Vollstreckung des Todesurteils in schlimmsten Verhältnissen im Kerker schmachten. Doch unter solchen Umständen ein „Russischer Kongreß der Sozialrevolutionären Partei“ öffentlich in Moskau zusammenzutreten könnte, werden nur sehr naive Leute glauben.

In Wirklichkeit handelt es sich um einen neuen Bluff, der als Vorwand für den Ende dieses Monats zusammen tretenden russischen kommunistischen Kongreß in Anspruch genommen wird. Wie der „Sozialistische Bot“, das in Berlin erscheinende Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, meldet, ist der ursprüngliche sozialrevolutionäre Kongreß von dem früheren sozialrevolutionären Kongreß in Anspruch genommen, der seit Wochen mit Empfehlungen schreiben der „Tscheka“ und unter ihrem hohen Schutz im Lande herumzieht, um ehemalige Mitglieder der Partei für sein Unternehmen zu gewinnen. Angesichts der Verhältnisse haben aber Leute zusammenzutrommeln, die sich nun in Moskau als „Delegierte“ ausgeben. Die Öffentlichkeit wird aber durch diese „Delegierten“, die nur die Schwärze der kommunistischen Färbung über sich nicht verbergen können, nicht täuscht werden können.

Wo und wie ist ein Preisabbau möglich?

Die Unternehmer stellen den Abbau der Preise als eine unabwegbare Tatsache hin, obwohl dieser in den allgemeinen Lebenshaltungskosten vorläufig noch fast gar nicht zu spüren ist, weil das Mißverhältnis zwischen der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung und den überhöhten Warenpreisen auch nach den Preisrückgängen, die auf manchen Gebieten zweifellos zu verzeichnen sind, noch lange nicht beseitigt sind. Die Unternehmer können sich bei ihrer Beweisführung immer wieder auf die Großhandelspreise berufen, die seit einiger Zeit mit der Stabilisierung des Dollars tatsächlich einen Rückgang aufweisen. Dieser Rückgang wirkt sich aber in den Lebenshaltungskosten nicht aus, weil hier dem Preisrückgang mancher Waren die Erhöhung der Mieten, der Verkehrstarife, der Preise für Gas und Elektrizität gegenüberübersteht, die jetzt auch in dem bescheidensten Haushalt einen verhältnismäßig großen Teil der gesamten Aufwandskosten beanspruchen. Aber auch im Großhandel ist das Tempo des Preisrückgangs bei den verschiedenen Warengruppen verschieden. Ein Vergleich der Großhandelspreismessungen, wie sie vom Statistischen Reichsamt aus für einzelne Strichlagen berechnet werden, zeigt recht deutlich, wo die Bestrebungen zur Herbeiführung eines Preisabbaues einsehen müssen. Diese Messungen seien in folgender Tabelle gegenübergestellt:

Warengruppe	5. Febr.	25. Febr.	5. März	15. März
Lebensmittel	4 902	3 933	3 682	3 195
Industriestoffe	7 558	7 732	7 846	7 657
Inlandswaren	4 925	4 874	4 725	4 376
Einfuhrwaren	11 176	7 170	7 098	6 618
Gesamtindex:	5 967	5 257	5 120	4 750

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Gesamtheit der Großhandelswaren seit ihrem Höchststand bis zum 15. März um ein Fünftel des Preises fiel. Der Preisrückgang war stärker als die Durchschnittszahl angibt bei den Lebensmitteln, die um ein Drittel und bei den Einfuhrwaren, die sogar um zwei Fünftel ihres höchsten Preisstandes zurückgingen.

Geringer als dieser Durchschnitt angibt, war jedoch die Preislenkung bei Industriestoffen und bei Inlandswaren. Erstere stehen sogar am 15. März noch über dem durchschnittlichen Preisstand des 5. Februar. Die Inlandswaren, die vorwiegend Halbfabrikate und Fertigwaren umfassen, sind nur etwa um ein Achtel im Preise gefallen.

Daraus geht hervor, daß das Rohstoffmonopol der industriellen Erzeuger, das sich mit der Geldentwertung ungeheuerlich entwickelt hat, jetzt weniger gedrohen ist als je. Aber auch bei den Inlandswaren, in denen mehr oder minder inwischen billiger gewordene ausländische Rohstoffe enthalten sind, ist die Tendenz zum Preisabbau schon beim Großhandel außerordentlich gering. Ja, man kann annehmen, daß die Preislenkung im Kleinhandel bedeutend stärker ist. Die vielen Konzessionen, die jetzt schon der Einzelhandel an den Verbraucher machen muß, um überhaupt noch Umsätze zu erzielen, nachdem sich das Auslandspublikum verflüchtigt hat und die berufsmäßigen Sammler durch den stabilen Dollarkurs ruhig geworden sind, lassen immerhin darauf schließen, daß sich auch im Einzelhandel der Druck des flauen Absatzes am stärksten auswirkt und daß infolgedessen dieser Teil des Handels eher zu Preislenkungen geneigt ist als Produzenten und Großhandel.

Mit aller Eindeutigkeit ergibt sich aus diesen Feststellungen, daß die inländischen Warenpreise trotz des Dollarkurses im Verhältnis zu den Preisen der Auslandswaren noch immer überhöht sind. Seit dem 25. Februar besteht zwischen Industriestoffen und Einfuhrwaren ein Unterschied im Preise, der besonders trotz hervorragt, wenn man die entsprechenden Zahlen vom 5. Februar miteinander vergleicht. Damals waren Industriestoffe um ein Drittel billiger als Einfuhrwaren, am 25. Februar bereits um 7 Proz. teurer, am 15. März dagegen um rund 17 Proz. teurer als jene. An der Preisbildung der inländischen Produktion muß also der Versuch eines Preisabbaues einsehen.

Das ist um so mehr erforderlich, als nach den Erhebungen aus den verschiedenen Industriezweigen der Anteil der Löhne an Warenpreisen wesentlich zurückgegangen, bei einzelnen Industrien sogar auf winzige Prozente zusammengeschrumpft ist. Von den Rohstoffen und Halbfabrikaten her, deren Preisbildung durch Kartelle leicht beherrscht wird, werden die Preise hochgehalten, was ergibt sich aus der Statistik, nicht aus willkürlichen oder gar parteipolitisch gefärbten Berichten.

Unbedingt muß danach gestrebt werden, die Waren bei gleichem Aufwand von Rohstoff und Arbeitskraft billiger als bisher herzustellen. Diese Forderung, die von der Sozialdemokratie und

von den Arbeitnehmern des Reichswirtschaftsrats wiederholt erhoben und durch praktische Vorschläge unterstützt worden ist, gewinnt jetzt wieder Bedeutung. Daß eine Rationalisierung der Produktion möglich ist, geht aus einem Artikel hervor, den Dr. Robert Siegert im Handelsstell des „Berliner Tageblatts“ am Sonntag veröffentlicht:

Das Verbraucherinteresse erfordert es, die Kaufkraft und Kaufkraft des Inlandsmarktes zu heben. Trotz steigender Löhne hat sich die Lebenshaltung der hauptsächlichsten Verbraucherkreise relativ mehr und mehr verschlechtert. Man erwägt es daher diesen Bevölkerungsschichten, durch Belassung der derzeitigen nominal gleichbleibenden Einnahmen mit besserem Gelde notwendige Neuanfassungen zu machen und damit den Inlandsverbrauch zu steigern. Ein sofortiger Abbau der Löhne und Gehälter erscheint also noch verfrüht. Freilich darf die Verschlebung des Lohnabbaues kein Grund zur Hochhaltung der Preise sein: trotz stabiler Löhne wird es vielmehr Sache der Erzeuger sein müssen, auch ihrerseits und in ihrem eigenen Interesse den inländischen Absatz zu heben. Die Erzeugerschaft sollte dazu ohne weiteres in der Lage sein, denn sie hat lange genug, auf dem „Wiederbeschaffungsdogma“ ruhend, die Preise mitverteuert. Sie müssen also bei Wegfall dieses Reaktionspostens erheblich verbilligt werden können, ohne die Möglichkeit genügenden Gewinnes damit auszuschließen.

Schärfste Inflation im In- und Auslande ist die Forderung. Auch die teilweise sehr hohen Sätze für allgemeine Spesen und Unkosten können herabgesetzt werden, ohne die normalen Gewinnmöglichkeiten zu gefährden. Auch die Rohstoffunkosten der meisten Industriezweige vertragen wohl eine schärfere Berechnung; denn sie sind doch, selbst soweit sie aus dem Auslande stammen, zum größten Teile vor etwa einem Vierteljahr, also zu Dollarkursen von 7000 bis 9000, angeschafft. Und die Wiederbeschaffungsprämien aus früherer Zeit sind zum mindesten seit Umschlag der Konjunktur reine Gewinne. Sollten sie sich freilich durch Börsenspekulationen verflüchtigt haben, so kann dieser Schaden nicht auch noch auf die Verbraucherhaft abgewälzt werden.

In der Verbilligung der Produktion, die im Interesse des Verbrauchers zu erfolgen hätte, und in der Begünstigung der Qualitätsindustrie liegt auch die einzige Gewähr für die Überwindung der Krise im Export. Alle beteiligten Kreise, nicht zuletzt die Regierung, sollten deshalb mit größter Entschiedenheit die Bestrebungen nach rationaler Wirtschaft fördern.

Dollar-Schatzanweisungen

Garantiert von der Reichsbank

Schluß der Zeichnung:

Sonntag, den 24. März 1923.

Der wenig scharfsinnige Marx.

Jahrzehnte hat es gedauert, ehe das Bürgerium Marx überhaupt begriff. Das merkt man noch heute, vierzig Jahre nach seinem Tode. Mit welcher Ahnungslosigkeit aber selbst das gebildete Deutschland dem epochalen Denker zu seinen Lebzeiten gegenüberstand, zeigt — so schreibt Erich Kuttner im neuesten Heft der „Glode“ — das Buch, das aufgeschlagen vor mir liegt. Es ist Wilhelm Reichers Nationalökonomie, 11. Auflage von 1874, ein Werk, das länger als ein Menschenalter die deutschen Universitäten beherrscht hat. Begierig zu erfahren, wie Anno 1874 ein immerhin führender Volkswirtschaftslehrer über Marx urteilte, begabe ich mich auf die Suche und entdeckte schließlich (Seite 45) eine zehnjährige Anmerkung über die „Irrtümer von Karl Marx“, ausklingend in folgendem Satz:

„Der Grundfehler dieses geistreichen, aber wenig scharfsinnigen Mannes (gemeint ist Marx), daß er nicht imstande ist, komplizierte Erscheinungen auf ihre Elemente zurückzuführen, wird hierdurch sehr gefördert.“

Ich schließe das Buch und Serenissimus tritt in mein Gedächtnis: „Herzenguter Kerl, der Bismarck, aber dummi!“

Volkswirtschaft.

Dollar und Fleischpreise.

Obwohl nach dem Rückgang der Einfuhr von Futtermitteln, dar in den letzten Jahren zu verzeichnen war, die deutsche Viehzucht fast ausschließlich mit inländischem Getreide und Hackfrüchten arbeitet, hat sich bekanntlich der Fleischpreis dank dem Segen der freien Wirtschaft außerordentlich schnell dem Dollarkurs angepaßt. Die Folge davon war, daß sowohl die Einfuhr von Geflügel als diejenige von ausländischem Vieh sich eine ganze Zeitlang billiger stellte als das Fleisch inländischer Erzeugung. Erst nachdem die fremde Konkurrenz sich verschärfte, gingen die Viehpreise zurück, aber auch jetzt vollzog sich die Abwärtsbewegung mit dem Fallen des Dollars viel langsamer, als früher die Preise mit dem Steigen des Dollars emporgeschwungen waren. Ein Bild von der Preisentwicklung am Viehmarkt gibt folgende Uebersicht der Höchstpreise, die für je ein Pfund Lebendgewicht der bezeichneten Viehgattung bezahlt wurden:

Stand des Dollars	Rinder	Räuber	Schafe	Schweine
16. Januar	11 875	1100	1150	1500
31. Januar	49 000	2900	2400	3400
17. Februar	19 500	2800	2600	3200
15. März	20 822	2500	2500	2900

Trotz des Preisabbaues am Viehmarkt, dem die Fleischpreise im Kleinhandel wiederum nur äbgernd gefolgt sind, ist für breite Bevölkerungsmassen das Fleisch ein immer noch unerlässlicheres Nahrungsmittel. Es wird weiter Aufgabe der Behörden sein, durch die Begünstigung der Einfuhr billigeren Fleisches und die scharfe Handhabung der Wucherbestimmungen die Fleischpreise zu senken.

Die beabsichtigte Gründung einer Mühlenbank wird von der Humboldt-Mühle zusammen mit den Berliner und einigen auswärtigen Mühlen betrieben. Die Kreditorganisation soll die Verfolgung des Mühlegewerbes mit Krediten übernehmen. Der Getreidehandel sieht in der Gründung eigener Finanzinstitute der Mühlen die Gefahr von Monopolen, nachdem ohnehin schon in der letzten Zeit die Konzentration im Mühlegewerbe sehr zugenommen hat. In der Tat läßt sich die Vermutung, daß die Konzentrationsbewegung im Mühlegewerbe dadurch einen neuen Antrieb erhalten wird, nicht von der Hand weisen.

Vermischte Nachrichten.

Mit einer gefälschten Hundertdollarnote arbeitete ein Schwindler, der am Sonntag kurz vor Geschäftsbeginn in einem Berliner Konfektionsgeschäft erschien und 10 kunstvollere Kleider kaufte. Er erklärte, er habe nur eine Hundertdollarnote bei sich. Da die Bank bereits geschlossen war, konnte der Geschäftsinhaber die Echtheit nicht prüfen. Er nahm die Note nicht nur in Zahlung, sondern zahlte den Kunden auch noch den Restbetrag aus seinem Einkauf in Höhe von 70 Dollar heraus. Wie sich bald nach dem Weggang herausstellte, war die Note eine durch geschicktes Umändern der Zahlen gefälschte 1 Dollarnote.

Einer Diebstahls von drei Männern fiel in Berlin ein Beute von 50 Millionen Mark in die Hände. Die Diebe, die von dem zurückkehrenden Dienstmädchen bei der Tat überrascht wurden, fesselten das Mädchen an Händen und Füßen und ließen ihm einen Knebel in den Mund. Sie brachen die Befehle auf, denen sie zahlreiche sehr wertvolle, zumeist in Platin gefasste Ringe, Ohrringe und verschiedenen Perlenschmuck entnahmen. Erst nachdem die Diebe bereits längere Zeit verschwunden waren, gelang es dem Mädchen, andere Hausbewohner auf seine Lage aufmerksam zu machen.

Verhaftung eines Museumsdiebes. In Celle ist es infolge der Verhaftung des Kaufmannes Hell aus Hannover gelungen, einen der gefährlichsten Museumsdiebe festzunehmen. Hell hat seit einigen Jahren die Museen der größeren und mittleren Städte heimgesucht; er soll u. a. die Diebstähle im Goethe-Nationalmuseum in Weimar, wo die goldene Tabatsdose Goethes, seine goldene Spinndelur sowie die goldenen Trauringe gestohlen wurden, begangen haben.

Selbstmord in der Kirche. In einer Kirche in Lindau im Bodensee hat bei der Trauung ein Ehepaar seinen Abschied gefunden. Der Geistliche fragte die Braut dem Zeremoniell gemäß, ob sie gewillt sei, den Bräutigam zum Mann zu nehmen, worauf sie rief: „Nein, ich liebe einen anderen, und meine Eltern wissen es. Ich will lieber sterben, als diesen Mann nehmen!“ Mit diesen Worten rief sie einen Revolver hervor und erschoss sich vor den Augen der entsetzten Zeugen.

Schneefurien in Nordamerika. Seit einigen Tagen wütet in den Vereinigten Staaten ein furchtbarer Schneesturm. Mehrere Züge sind eingeschneit, zahlreiche Personen erfroren.

Das Amulett.

Novelle von C. F. Meyer.

Schluß.

„Jetzt belieben die Herrschaften Platz zu nehmen!“ und er zeigte mit einer kavalierrmäßigen Handbewegung auf den schmachtigen Sitz.

Wir ließen uns nieder, er rückte einen zerbrochenen Stuhl herbei, setzte sich rittlings darauf, den Ellbogen auf die Lehne stützend, und begann in familiärem Tone:

„Nun laßt uns plaudern! Euer Fall ist mir klar, Ihr braucht ihn mir nicht zu erläutern. Ihr wünscht einen Weg nach der Schweiz, nicht wahr? — Ich rechne es mir zur Ehre, Euch einen Gegendienst zu leisten für die Gefälligkeit, mit der Ihr mir leinzeit des schönen württembergischen Siegel gezeigt habt, weil Ihr wußtet, ich sei ein Kenner. Eine Hand wäscht die andere. Siegel gegen Siegel. Diesmal kann ich Euch mit einem auswechseln.“

Er kramte in seiner Brieftasche und zog mehrere Papiere heraus.

„Seht, als ein vornehmer Mann ließ ich mich für alle Fälle von meinem gnädigen Herzog Heinrich für mich und meine Leute, die wir gestern nacht dem Admiral unter Aufsichtung machten“, diese Worte begleitete er mit einer Mordegarbe, vor der mit glänzender, die nötigen Reispapier geben. Der Streich konnte fehlen. Nun, die Heiligen haben sich dieser guten Stadt Paris angenommen! — Einer der Fälle — hier ist er — lautet auf einen bescheidenen Württembergischen Schneider, den Jurier Koch. Stellt ihn zu Euch! Er gewährt Euch freie Straße durch Botzingen an die Schwagerberge. Das wäre nun in Ordnung. — Was das Fortkommen mit Euren Schwestern betrifft, zu dem ich Euch, ohne Schmelz, Glück wünsche, hier verneigte er sich gegen Gasparde, „ja wird die schöne Dame schwerlich auf zu Fuß sein. Da kann ich Euch denn zwei Gütle abtreten, einen sogar mit Damentasche — denn auch ich bin nicht ungeschickt und pflege selbständig zu reiten. Ihr gebt mir dafür vierzig Goldgulden dar, wenn Ihr es bei Euch habt, sonst gerate mir Euer Pferd. Sie sind

etwas abgejagt, denn wir wurden Hals über Kopf nach Paris aufgeboten, aber bis an die Grenze werden sie noch dauern.“ Und er rief durch das Fensterchen einem Stalljungen, der am Tage herumlungerte, den Befehl zu, ihn zu jagen.

Während ich ihm das Geld, fast mein ganzes Bestitztum, auf die Hand vorzählte, sagte der Böhme:

„Ich habe mit Vergnügen vernommen, daß Ihr Euerm Bestitztum Ehre gemacht habt. Freund Lignorelles hat mir alles erzählt. Er wußte Eueren Namen nicht, aber ich erkannte Euch gleich an Eurer Beschreibung. Ihr habt den Güte erstanden! Alle Wetter, das will etwas heißen. Ich hätte Euch da nie zugestimmt. Freilich, meint Lignorelles, Ihr hättet Euch die Brust etwas gepanzert. Das sieht Euch nicht gleich, doch zuletzt hilft sich jeder wie er kann.“

Während dieses grauenigen Geplauders sah Gasparde stumm und bleich. Jetzt wurden die Tiere vorgeführt, der Wöhme half ihr, die unter seiner Berührung zusammenzuckten, kunstgerecht in den Sattel, ich schwang mich auf das andere Ross, der Hauptmann grüßte, und wir sprangen durch den hellenden Torweg und über die donnernde Brücke gerettet von dannen.

Zehntes Kapitel.

Zwei Wochen später, an einem frühen Herbstmorgen, ritt ich mit meinem jungen Weibe die letzte Höhe des Gebirgszuges hinan, der die Berggränze von dem neuenburgischen Gebiete trennt. Der Grat war erloschen, wir ließen unsere Pferde grasen und legten uns auf ein Felsstück.

Eine weite friedliche Landschaft lag in der Morgensonne vor uns ausgebreitet. Zu unsern Füßen leuchteten die Seen von Reuening, Murten und Biel; weiterhin dehnte sich das fruchtbarere Hochland von Freiburg mit seinen schönen Hügelkuppen und dunklen Waldsäumen; die eben sich aufsteigenden Hochgebirge bildeten den letzten Hintergrund.

„Dies schönes Land also ist deine Heimat und endlich evangelischer Boden?“ fragte Gasparde.

„Ich zeige dir links das in der Sonne blühende Tümpchen des Schloßes Chaumont.“

„Dort wohnt mein guter Onkel. Noch ein paar Stunden, und er heißt dich als sein geliebtes Kind willkommen! — Hier unten an den Seen ist evangelisches Land, aber dort drüben, wo du die

Turmspitzen von Freiburg erkennen kannst, beginnt das katholische.“

Als ich Freiburg nannte, verfiel Gasparde in Gedanken. „Boccardus Heimat!“ sagte sie dann. „Erinnerst du dich noch, wie froh er an jenem Abende war, als wir uns zum ersten Male bei Melun begegneten! Nun erwartest ihn kein Vater vergebens — und für mich ist er gestorben.“

Schwere Tropfen sanken von ihren Wimpern.

„Ich antwortete nicht, aber blühsinnig zog an meiner Seele die Geschichte der verhängnisvollen Verkettung meines Looses mit dem meines heiteren Landsmannes vorüber und meine Gedanken verflugten und entschuldigten sich untereinander.“

Unwillkürlich griff ich an meine Brust auf die Stelle, wo Boccardus Medaille mit den Todesstich aufgehalten hatte.

Es knisterte in meinem Wams wie Papier; ich zog den verlassenen, noch ungelesenen Brief meines Onkels heraus und erbrach das unfürliche Siegel. Was ich las, verlegte mich in lächerliches Erkaunen. Die Zeilen lauteten:

Mein Onkel!

Wenn Du dieses Heftest, bin ich aus dem Leben oder vielmehr bin ich in das Leben gegangen.

Seit einigen Tagen fühle ich mich sehr schwach, ohne gerade krank zu sein. In der Stille leg ich ab Willgerich und Wenderlach. Demell ich noch die Feder führen kann, will ich Dir selbst meine Heimfahrt melden und den Brief an Dich eigenhändig überschreiben, damit eine fremde Hand nicht Dir nicht betrübe. — Bin ich hinüber, so hat der alte Jochen den Auftrag ein Kreuz zu meinem Namen zu setzen und den Brief zu lesen. Not, nicht schwarz. Siehe dich kein Trauergewand um mich an, denn ich bin in der Freude. Ich lasse Dir mein irdisches Gut, verzicht Du das himmlische nicht.

Dein treuer Onkel Renat.

Daneben war mit ungeklärter Hand ein großes Kreuz gemalt. Ich lehrte mich ab und ließ meinen Tränen freien Lauf. Dann erhob ich das Haupt und wandte mich zu Gasparde, die mit gefalteten Händen an meiner Seite stand, um sie in das seltsame Haus meiner Trauer einzuführen.

Kaufstadt

Unsere billige

„Küchlein-Koche“

nur noch Freitag u. Sonnabend



Speiseteller weiß, mit kleinen Fehlern..... 490-	Weinkelche mit kl. Fehlern..... 690- 590-	Emaile-Schmortöpfe Ia. Ware, 14 cm 3200-
Porzellan-Speiseteller..... 690- 590-	Weinkelche groß..... 750-	16 cm 18 cm 20 cm 22 cm 24 cm 26 cm
Porzellan-Kompotteller weiß..... 390-	Weinrömer auf antikem Fuß..... 1250-	3700 4300 4900 5900 6900 7900-
Porzellan-Abendbrotsteller weiß 490-	Groggläser glatt..... 950-	Alum.-Schmortöpfe Satz 5 Stück, 16-24 cm, m. Deck. 39000-
Porzellan-Tassen mit Untertassen..... 400-	Kognakschalen mit Eichstrich..... 950-	Aluminium-Eßlöffel..... 290-
Tassen mit Untertassen Goldrand. 950-	Bierbecher geeicht 3/20 Ltr. 410- 5/20 Ltr. 440-	Ia. Kernseife Doppelriegel, ca. 250 Gramm... 900-
Tassen mit Untertassen blau Band 1100-	Bierbecher mit schwerem Boden.. 5/20 Ltr. 570-	Soda..... Pfund 250-
Emaile-Eimer 28 cm, weiß, mit kl. Fehlern 7900-	Bierbecher hoch. 3/20 Ltr. 770- 5/20 Ltr. 810-	Scheuerbürsten Unionmischung..... 390-
Eimer 28 cm, verz., Lagerware 6500- Ia. Ware 9500-	Rosshaarbesen lackiert... 7500- 6900- 5900-	Goldperle Waschpulver..... Paket 300-

Konfirmations-Glückwunsch-Karten

in geschmackvoller Ausführung empfiehlt „Lübecker Volksbote“, Johannistr.

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!

Zum Ostereinkauf

bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!

Wir sind billig!

Schuhwaren (reelle)

Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle) Schuhwaren (reelle)

Herrengarderoben

Herrengarderoben Herrengarderoben Herrengarderoben Herrengarderoben Herrengarderoben Herrengarderoben Herrengarderoben Herrengarderoben Herrengarderoben Herrengarderoben

Damenkonfektion

Damenkonfektion Damenkonfektion Damenkonfektion Damenkonfektion Damenkonfektion Damenkonfektion Damenkonfektion Damenkonfektion Damenkonfektion Damenkonfektion

Textilwaren

Textilwaren Textilwaren Textilwaren Textilwaren Textilwaren Textilwaren Textilwaren Textilwaren Textilwaren Textilwaren

Ehlers & Neelovisch

Ehlers & Neelovisch Ehlers & Neelovisch Ehlers & Neelovisch Ehlers & Neelovisch Ehlers & Neelovisch

Preiswerte Geschenkartikel

für die Konfirmation

Schürzen farb. Wienerf. 4400	Unterröcke m. br. Stick 5400
Blusen gest. Flanell-Hemdform 6900	Unterröcke Zeph. m. Vol. 8650

Backfisch-Hüte fescche jugendl. Form 11 000, 9000 6500
--

Taschentücher m. Hohls. u. gest. Ecke 985, 495 395	Taschentücher weiß u. m. Kante 950, 895 795
Strickbinder in hübsch. Farben 1300, 1000 850	Mansch.-Knöpfe versch. Ausfüh. 1600, 1400 500

Schirme für Damen und Herren in guten Qualitäten 14 850, 12 500 9850
--

Besenträger Ia. Gummi mit Lederstr. 2600, 1900 1750	Kragen weiß, Rips, weiche 950, 890 695
Schalkragen Panama m. Spitze o. Hohls. 1380, 1175 950	Seidentücher weiß und farbig 1600, 1400 950

Schürzen Wienerform, farbiger Satin oder Kattun 14 000, 12 500 6950

Hans Struve

Königstraße 87/89 Ecke Wahnstraße.

Rendsburg Neumünster Itzehoe

Schuh-Buchholz

Schuh-Buchholz ist billig!
Damen-Spangenschuhe für Straße n. 18 500.-
Schwarzschuhe, Lederschuhe, 19 500.-
Stiefel, Lederschuhe, 29 500.-
Betten, 29 500, Lederschuhe, 39 500.-
Stiefel, 39 500.-
Stiefel, 39 500.-

Kakao u. Schokolade billiger

Kakao u. Schokolade billiger Kakao u. Schokolade billiger Kakao u. Schokolade billiger Kakao u. Schokolade billiger Kakao u. Schokolade billiger

Leder

Leder Leder Leder Leder Leder Leder Leder Leder Leder Leder Leder

Sämereien 1923.

Niederlage von Friedr. Michael. (14468) Adler-Drogerie Emil Hahn, Schwart. Allee 32.

Süßmilch. Jeden Freitag u. Mittwoch

Süßmilch. Jeden Freitag u. Mittwoch Süßmilch. Jeden Freitag u. Mittwoch Süßmilch. Jeden Freitag u. Mittwoch Süßmilch. Jeden Freitag u. Mittwoch

Neues Lichtspiel-Theater.

Breite Str. 13. Theater. Telefon 8698. Heute Donnerstag letzter Tag: (14488)

Monna Vanna.

Die Macht der Schönheit

verleiht Ihnen nur die (14458) duftreiche Glycerin-Milch Seife Engros-Niederlage: Harloff & Schulz, Lübeck.

HOLSTENHAUS

Lübeck. G. m. b. H. Nähgarn 2 fach, Kreuzwickel = 1000 Meter 1915. (14477)

Wanzenberg & Gerber.

Briketts, Koks in allen Körungen Str. Nr. 8100, Str. Nr. 6000, 10.200, 16.200, frei Haus der Str. 400 M. mehr. (14500) Kontor: Johannisstraße 27. Fernr. 525.

Solange der Vorrat reicht

Margarine von 2500.- an in sämtlichen-Fillialen der Lübecker Margarine-Zentrale A. Dressen. (14478)

Visitenkarten

fertigt an die Buchdruckerel von Friedr. Meyer & Co.

Hania-Theater.

Heute (14468) Donnerstag 7 1/2 Uhr: Das Schwarzwaldmädch. Freitag und folgende Tage 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. mit Ludwig Ziegler als Schubert.

Stadttheater Lübeck

Donnerstag 7.30, Ab. C: Weba. (14476) Freitag 7.30, Ab. A: Neuhett! Improvisationen im Juni. Sonnabend 7.30 Weba. Sonntag, 2.30 Uhr: Wüchling. 7.30 Uhr: Der Witabo Ostermontag 12 Uhr: Fremdenvorstell. außer Ab. Die Meisterfinger Bestellungen nimmt d. Theaterkasse entgegen.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 22. März.

Die schlafende Stadt.

Zünd' alle Lichter an, du Stadt,
und leuchte in die Finsternis der Nacht!
Schid' deine Donnerwagen in die Ferne,
Zerbrich das Band, das aus der Stille kommt:
Was Leid und Einsamkeit! O, schrei das Leben
aufbrauend in die dunkle Nacht!
Beglüh' den Strom, der sich zum Meere wälzt
und Ziel und Ruhe sucht — züh' du die Angst
aus meinem Herzen und seine tote Traurigkeit.
Was nützen deine Brückenbogen,
die du so selbstbewußt gerundet,
wenn sie vertrauen ohne Post?
Und was dein Licht wenn alles schläft,
und Traum für blanke Wahrheit nimmt?
Was soll dein Stundenlohn in diesem Schlaf?
Was soll mein Leid, wenn du nicht Frieden bringst?
Ich kann nicht schlafen und du schläfst!

Max Barthel.

Ueber die Gaspreise.

Wird uns von der Direktion der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke u. a. geschrieben: Seit dem 11. Februar sind die Kohlenpreise auf rund 200 000 Mk. pro Tonne gestiegen. Sie betragen damit etwa das 13 800fache des Friedenspreises. Dem entspräche etwa ein Gaspreis von 660 Mk. Sie erreichen damit gegenüber den Friedenspreisen das 580fache. Von einem Abbau der Kohlenpreise über der Frachten ist noch nichts bekannt geworden. Im Gegenteil sind die englischen Kohlen, die heute als Ersatz für die deutschen zu gelten haben, so im Preise gestiegen, daß heute für 200 000 Mk. eine Tonne Kohlen drei Lübeck nicht mehr zu erhalten ist. Daß die Ölförderung und -Verarbeitung, welche der Leistung nachhinken, nicht abgebaut werden konnten, sondern noch gesteigert werden mußten, ist bekannt. Einen geringen Abschlag haben einzelne Materialien allerdings erfahren, die auch im Betriebe des Gaswerks gebraucht werden. Ihr Einfluß ist aber auf die Gesamtsumme der Selbstkosten von untergeordneter Bedeutung und wird weit überholt durch die Abschläge, die die Nebenprodukte des Gaswerks wie Teer und Benzol bereits erlitten haben. Unter diesen Verhältnissen kann ein Abbau der Gaspreise nicht gedacht werden, zumal wenn man bedenkt, daß die Gaspreise auch nicht im entferntesten mit den Kohlenpreisen Schritt gehalten haben.

Weiter werden Vergleiche mit den Hamburger Gaspreisen angestellt. Danach stelle sich der Konsument trotz momentaner Verschärfung des Hamburger Gaspreises noch so gut, daß bei gleichbleibenden Preisen der Lübecker Verbraucher erst nach 4 Monaten den Hamburger in der Preishöhe erreicht habe. Die Preise in anderen Großstädten betragen: Kiel 723, Bremen, Berlin, Kassel 700, Düsseldorf 670, Magdeburg 680, Hildesheim 730, Duisburg 770, Hannover 800, Oldenburg 860, Bielefeld 900, Darmstadt 930, Ulma 650.

Ein Vergleich der Preisbildung von Rohöl und Gas ergibt folgendes Bild: Ein mittlerer Haushalt mit etwa 5 Köpfen und mittlerem Einkommen wird kaum mehr als 50 Rbm. im Monat für den Gasherd verbrauchen, aber etwa 1 1/2 Zentner Kohlenöl verbrauchen. Das Gas kostet 33 000 im Monat, 6 Zentner Kohle 90 000 Mark. Die Direktion glaubt feststellen zu können, daß die Angleichung des Gaspreises an die Kohlenpreise noch nicht im entferntesten stattgefunden habe und daß es daher auch unmöglich sei, ohne Senkung der Kohlenpreise die Gaspreise sinken zu lassen. Die Gaspreise Lübecks hielten den Vergleich mit anderen Städten in jeder Weise aus und bewiesen, daß Gas heute gegenüber den festen Brennstoffen große Vorteile bietet.

Ausschub-Sitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Am Dienstag tagte in der Schiffergesellschaft der Ausschub der Kasse, um Stellung zu nehmen zu einer weiteren Erhöhung des Grundlohnes, der Beiträge und der Leistungen, wie sie vom Vorstand in einem Antrag zu den Satzungen vorgelegt war. In der Begründung zu der Vorlage wurde vom Vorstand folgende Ausführungen: Nach Prüfung der ganzen finanziellen Lage habe eine Vorstandskommission mit der vom Ausschub bestimmten Delegation festgestellt, daß der Monat Februar in seinen reinen Einnahmen und Ausgaben wenn auch gerade keinen Ueberschuß, so doch eine Bilanzierung gebracht habe. Dies Resultat habe nur dadurch erzielt werden können, daß die Verwaltung bei der Einweisung in das Allgemeine Krankenhaus, bei der Bewilligung von Zuschüssen zu größeren Heilmitteln, bei den Krankkosten, und namentlich bei besonderen Anlässen für erkrankte Angehörige sich größerer Beschränkung und einer gewissen Knäuerigkeit befleißigt habe, da die Mittel für die rapide Steigerung der Kosten nicht vorhanden waren. Ein solches Verhalten könne wohl in einer kurzen Uebergangszeit stattfinden, aber nicht, wenn die Kasse ihren Zweck erfüllen solle, eine künftige Einrichtung werden. Dazu käme das erbärmlich niedrige Krankengeld, das zu zahlreichen Beschwerden der Erkrankten geführt hätte. Es gelte also, um diese Mißstände zu beseitigen, der Kasse mehr Mittel zuzuführen. Der Vorstand schlägt deshalb vor, in allen Stufen den Grundlohn zu erhöhen. Sowohl in der niedrigsten mit bisher 40 M wie in der höchsten mit bisher 1200 M. Es sollen 10 Stufen, beginnend mit 300 M. und steigend bis 3600 M. gebildet werden. Die Beiträge sollen statt bisher 10 Prozent des Grundlohnes auf 8 Prozent gesetzt werden. Da das Krankengeld 50 resp. 60 vom Hundert des Grundlohnes beträgt, wird auf diese Weise eine Erhöhung des Krankengeldes erreicht. Ein Antrag aus der Verwaltung, die Beiträge auf 8 Prozent herabzusetzen, wurde abgelehnt und die Vorlage des Vorstandes fast einstimmig angenommen. Es wurden dann noch eine Reihe Beschwerden vorgelesen, die sich namentlich auf die in letzter Zeit erfolgte Minderleistung der Leistungen und der beschämten Einweisung in das Krankenhaus bezogen. Der Vorstand wies auf die bisher mißliche Lage der Kasse hin, die den großen Steigerungen der Krankenhauskosten sowie sonstiger Leistungen nicht gewachsen war.

12. Jahresbericht des Hafenamtes.

Von 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1922 wurden 1403 Revisionen ausgeführt, davon auf Schiffen 602, auf Binnenplätzen 194, auf Holzplätzen 58, auf sonstigen Arbeitsplätzen (Kohlenlagern, Schuppen, freien Plätzen, Kränen) 326. Das Traversier und Höchstwert wurde zur Kontrolle der dort stehenden und lebenden Fahrzeuge, sowie der Kräne und Brücken, 18mal be-

sucht. Die vorgefundenen Mängel wurden im allgemeinen ohne schriftliche Aufforderung von der Schiffsleitung oder dem Arbeitgeber abgestellt. In 8 Fällen mußte die Arbeit wegen Gefährdung der Arbeiter bis zur Beseitigung der vorgefundenen Mängel unterbunden werden. Bei einem Dampfer war das Riß- und Ladegerüst derartig mangelhaft, daß ein Weiterarbeiten verboten werden mußte. Insgesamt wurden in 264 Fällen Mängel festgestellt und deren Beseitigung veranlaßt.

Unfälle. In den für die Hafenumfallaufsicht zuständigen Betrieben ereignete sich vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 82 Unfälle. Davon waren leichter Art 62, mittlerer 11, schwerer 9. Die Unfälle verteilten sich auf Schiffe 38 (6 schwer), Holz-, Kohlen- und sonstigen Arbeitsplätzen 44 (3 schwer). Die Art der Verletzungen sind: Augenverletzungen 3, Kopfverletzungen 2, Rumpferletzungen 14, Arm- und Beinverletzungen 18, Hand- und Fingerverletzungen 20, Fuß- und Zehenverletzungen 22, Verstauchungen 3. Die schweren Unfälle bestanden aus Arm- und Beinbrüchen durch Fallen, Fußschlüsselbrüche durch Ausweichen, Knochenbrüche der Hand durch Gegenstände eines Gegenstandes Verlust der beiden Mittelfinger durch Schlenkprosse, Bruch durch Aufheben einer Kiste, Verlust der großen Zehe durch Aufpassen einer Kiste. Die mittleren und leichteren betrafen Verletzungen verschiedener Körperteile, Quetschungen, Verrenkungen, Verstauchungen, Sehnenzerrungen, Entzündungen und leichte Blutvergiftung. Unfälle durch Betriebsmängel sind nicht vorgekommen. Der Abtransport der nicht gefährlichen Verletzten wurde mittels Sanitätswagens der Feuerwehr veranlaßt.

Die Beleuchtung in allen Teilen des Hafens wurde verbessert, indem sie dem unbedingt zu stellenden Anforderungen genügt. Auf denjenigen Arbeitsplätzen, wo keine Beleuchtung vorhanden war, mußte die Arbeitszeit dem Tageslicht entsprechend gekürzt werden.

Nacht- und Sonntagsarbeit. Im Berichtsjahre wurde auf 88 Dampfern die ganze Nacht gearbeitet und auf 15 am Sonntagen.

Arbeits- und Lohnverhältnisse. Die Arbeitsgelegenheit kann für die Hafnarbeiter im Berichtsjahre keine gute genannt werden. Zu Anfang des Jahres wurde durch eine längere Eisperiode die Schifffahrt fast ganz lahmgelegt. Die Hoffnung, daß noch derselben noch eine lebhaftere Schifffahrt einsehen würde, ging nicht in Erfüllung. Erst im Mai setzte ein regerer Verkehr ein, welcher, teilweise abflauen, bis Ende des Jahres anhält. Streiks kamen im Jahre verschiedentlich vor. Vom 22. bis 24. Juli streikten die Kohlenarbeiter. Am 3. Juli traten die deutschen Seemannsvereine in den Streit wegen Abschaffung von Ueberstunden-Pauschalen, Bezahlung der Ueberstunden für jede einzelne Stunde und wegen Gehaltsforderung bis zum 30. Juli. Am 21. Oktober traten die Arbeiter der Kohlenhändler wegen Lohnforderungen in den Streit. Am 21. Oktober wurden die Bunkerleute ausgesperrt. Am 2. November wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Am 17. November setzte ein allgemeiner Hafnarbeiterstreik ein wegen Lohnforderungen der Ratarbeiter. Am 8. Dezember wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Durch diesen dreiwöchigen Streik saßen 35 Dampfer und 88 Motorleger und Segler im Hafen still. 5 Dampfer und 7 Segler und Motorleger gingen teilweise mit Teilladung oder leer nach anderen Häfen ab.

Der Tageslohn für die unständig beschäftigten Schauerleute war ab 1. Januar bis 31. Dezember 1922 von 95 Mk. auf 3550 Mark gestiegen. Die Ueberstunden wurden dementsprechend erhöht. Die Löhne der Ratarbeiter waren dieselben wie die Löhne der unständig beschäftigten Schauerleute. Vom Dezember ab erhielten dieselben 2 1/2 Prozent weniger. Der Wochenlohn der Kohlenplatzarbeiter liegt von 480 Mk. auf 15 000 Mark wöchentlich.

Holzplatzläge. Auch in diesem Berichtsjahre war die Holzplatzlage nicht bedeutend. Aus diesem Grunde war auch die Arbeitsgelegenheit für die Holzarbeiter gering. Es kamen 74 Dampfer und 64 Segler mit Holzladungen an, gegen 46 Dampfer und 72 Segler im Vorjahre. Arbeitsverhältnisse oder Streiks fanden nicht statt. Bei den Holzarbeitern liegt der Stundenlohn von 11,25 Mk. auf 275 Mk. für unverheiratete und 310 Mk. für verheiratete.

Republikplatz.

Genosse B. Böwig schreibt uns: Die bedauerliche Tatsache, daß sich im Berliner Stadtparlament eine Mehrheit gegen die Umbenennung des dortigen Königsplatzes in „Platz der Republik“ fand, bietet für den „Volksboten“ den Anlaß, einige wenig freundliche Bemerkungen gegen den Senat und seine einzelnen Mitglieder zu richten, weil dieser vor vielen Monaten nicht eine vor dem Tor gelegene breite, aber wenig belebte Straße in eine „Straße der Republik“ umgetauft hätte. Da ich mich mißfällig über die an dem französischen Senatsbeschlusse, den ich heute wie damals für zweckmäßig erachte, so sei mir gestattet, dazu ein paar Worte zu sagen. Zunächst kann man doch wohl sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob der dem französischen Sprachgebrauch entlehnte „Platz der Republik“ schöner klingt als „Republikplatz“. Wenn „Republikplatz“ aber dem „Beamtendeutsch“ entspricht, so sind ihm fast alle deutschen Straßennamen und Platzbezeichnungen entnommen, ohne daß bisher jemand daran Anstoß nahm, wie etwa an der fürchterlichen „Straße des 13. Oktober“, die Leipzig schmückt. Der hübsche Republikplatz ist auch gar nicht so unbedeutend, wie es hingestellt war, sondern liegt zwischen der belebten Thralesdorfer Allee und der „Kathenau-Straße“, und gerade die Verbindung mit letzterer war hauptsächlich bestimmend für die Wahl seines Namens. Warum also gleich von „bürgerlich-beachtlicher Art“ zetzern, wenn die eigene Meinung mit der von anderen Leuten, darunter auch Parteigenossen, nicht ganz übereinstimmt?

Der Genosse Böwig hat schon einmal den Senat gegen unsere Auffassung und gegen die Bürgerchaft verteidigt: in der Amisklatschfrage. Damals haben wir ausführlich Stellung genommen zu der ebenso merkwürdigen wie unmaßstäblichen Politik des Senats, die Beschlüsse der Bürgerchaft entweder überhaupt nicht, oder doch nicht „so“ auszuführen. Ueber kurz oder lang wird ja das Reichsgericht die Entscheidung fällen, ob auch die Lübecker Bürgerchaft eine gesetzgebende Volksvertretung im Sinne der Reichsverfassung, oder ob sie nur ein „Gemeinderat“ ist, wie etwa in einer preussischen Stadt. Deshalb können wir uns jetzt eine grundsätzliche Besprechung der Frage erlauben.

Dann das Wort „Republikplatz“. Weshalb will Berlin, weshalb wollen andere Städte dieses Wort nicht? Nur Eigennamen werden in der deutschen Sprache zu Straßennamen und Plätzen verwandt, Blücherstraße z. B. Andere Worte: wie Regierungsformen, Titel usw. sind stets im Genitiv angewendet: Königsplatz, Staatsstraße. Das Wort Republik, als Fremdwort, hat aber keine sichtbare Bestimmung im Wort, deshalb kann es nur mit dem Artikel verbunden benutzt werden. Ohne Artikel beleidigt es das Ohr — besonders in dem unmaßstäblichen Wortklang „Republikplatz“.

Ueber die Bedeutung des Republikplatzes wollen wir uns nicht streiten. Er ist eine kleine Anlage, auch vor dem Tor, und auch wenig belebt. Oder wer hätte es etwas von dem Republikplatz gehört? Ein Platz hat nur

dann Bedeutung, wenn mehrere Straßen auf ihn zusammenmünden. Und auf den Republikplatz mündet nicht eine einzige Straße.

Und wo ist die Erzbergerstraße geblieben? Der Gen. Böwig mag den Senat verteidigen, sonst er will. Er wird uns aber erlauben müssen, daß wir über die Beweggründe der ausschlaggebenden bürgerlichen Senatoren unsere eigene Meinung haben.

Wir hoffen nicht, daß die alten Reaktionen jemals wieder Gelegenheit haben werden, zu zeigen, wie sie „reformieren“. Aber wir wissen, daß dann auch dem Gen. Böwig der Mund offen stehen bleibe. Eigentlich müßte er's von früher doch noch ein bißchen wissen!

Postverkehr nach und von England.

Infolge der durch den Einbruch französisch-belgischer Truppen ins Ruhrgebiet hervorgerufenen Störungen im Eisenbahnverkehr können die Linien Köln—Herbesthal—(Düsseldorf) und Duisburg—Goch—(Blissingen), über die sich früher der Hauptteil des Postverkehrs bewegte, zur Beförderung der Briefpost nach und von England und der über Großbritannien zu befördernden Uebersee-post nicht mehr benutzt werden. Dieser Postverkehr wird jetzt wie folgt ab: Der größte Teil der Post aus England nimmt den Weg über Harwich—Hoek van Holland—Oldenzaal, während der über Blissingen zugehende übrige Teil der Post aus England seitens der holländischen Postverwaltung von Blissingen aus mit Personenzügen über Roosendaal—Arnhem ebenfalls nach Oldenzaal befördert wird. Von hier aus gelangen beide Verlande über Bentheim—Rheine—Osnabrück nach Deutschland. Für die Beförderung der Post nach England wird vorwiegend der Weg über Osnabrück—Oldenzaal—Hoek van Holland benutzt. Die über England zu befördernde Uebersee-post aus Deutschland und so weiter wird ausschließlich über Oldenzaal—Arnhem—Roosendaal—Blissingen besorgt, daß der Anschluß an die in Betracht kommenden Dampfer gesichert ist. Die Uebersee-post nach Deutschland und Durchgangsländern wird dagegen sowohl über Blissingen—Oldenzaal als auch über Hoek van Holland—Oldenzaal geleitet.

Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1923 (Notgeloß). Durch verschiedene Umstände hat sich die Aufstellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1923 verzögert. Die Drucklegung des Entwurfs ist jetzt fast beendet und die Beratungen werden in nächster Zeit in der Finanzbehörde beginnen. Damit die Behörden ihre Aufgaben erfüllen können, ist es nötig, ihnen die für die Fortführung der Geschäfte nach dem 31. März d. J. erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Senat stellt daher, einem Antrage der Finanzbehörde folgend, zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft: 1. daß die Behörden ermächtigt werden, die gesetzlichen und tariflichen Gehalte und Löhne im Rechnungsjahr 1923 weiter zu zahlen; 2. daß die Finanzbehörde bis zur Genehmigung des neuen Haushaltsplans durch die gesetzgebenden Körperschaften ermächtigt werde, den Behörden die für die ordnungsmäßige Fortführung der Geschäfte erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Briefe, die ihn nicht erreichten! Zu unserer geringen Bemerkung über die Beschaffung des neuen Postgebäudes teilt uns das Bureau mit, daß auch dem Volksboten am 17. März eine Einladung zugegangen sei. Wir hatten uns selbstverständlich vor Niederschreiben der Bemerkung im Hause nach dem Eingang einer Einladung erkundigt, leider ergebnislos. Und was wir nicht haben, können wir nicht erraten. Nehmen wir also zugunsten des Bauamtes die Absendung als gegeben an. Hierbei wollen wir anfügen, daß es selbst noch lächerliche Behörden gibt, die Redaktion und Expedition nicht unterscheiden können. Durch die verkehrten Aufschriften werden Inzerate und geschäftliche Mitteilungen, mit denen die Redaktion nichts zu tun hat, immer erst im Geschäftshaus unruhig inspazieren gelagert. Die Trennung von Verlag und Redaktion sollte jedermann beachten.

Händler und Helden. Die Deutsche Allgemeine Zeitung verbreitet unter dieser Schlagmarke folgende Notiz: Die Speiditionsfirma Wilhelm Lisau in Lübeck verläßt eckigste Kalküle, welche ihr von französischen Firmen zugehen, im Interesse französischen Kapitals nach den nordischen Ländern. Die Arbeiter haben zwar versucht, diese Verkundungen zu verweigern, der Firma ist es aber gelungen, sie zu beruhigen. Auf den deutschen Rakischächten dagegen lehnen die Arbeiter es ab, Aufträge nach Frankreich und Belgien zu erledigen, selbst dann, wenn die Sendungen vorausbezahlt sind und in Wirklichkeit eine Bereicherung deutscher Volkswirtschaft auf Kosten französischen Kapitals stiftende. — Nach unseren Erkundigungen ist diese Meldung in dieser Form unzutreffend. Wohl wurden im vorigen Jahre französische Kalküle verlesen, aber seit längerer Zeit sollen neue Ladungen nicht einetroffen sein. Von früheren Sendungen der liegen noch etwa 50 Tons in den Lagerräumen. In arbeiterfeindlichen Kreisen versucht man hinterwärts die Hafnarbeiter wiederholt anzuschwärzen. Einen Schuldigen brauchen die Chauvinisten, der Arbeiter paßt ihnen hier am besten zum Verleumben.

Im Hansa-Theater wurde am Mittwoch wieder „Das Dreieck der Lila“ aufgeführt. Wiener Musik mit Schmelz und Raffinesse findet stets und immer Widerklang und freudliebende Herzen. Und Schubert'sche Lieder, wer konnte sie nicht aus bettern Jugendentagen, wo Liebeslust und -leid in alle Rinden eingeschrieben war! Sie erweckten auch gestern im Hansa-Theater frische Erinnerungen. Auch die Erinnerung, daß Franz Schubert ein armer Schuler blieb, während der Ausbeuter seiner Kunst heute die Geschäfte macht. Die Operette selbst ist auf leichtindirende Seelen zugeschnitten. Humor und Sentimentalität sind gleichmäßig verteilt. Die Textdichter Wollner und Reichert haben aus Urghäpeters Brunnen geschöpft. So etwas sieht immer. Dann erst recht, wenn die Mitwirkenden mit Liebe bei der Sache sind. Das war hier der Fall. Ludwig Ziegler kopierte den schüchternen Komponisten Schubert gut und hatte auch den rechten Stimmenwortschlag in der Rolle, den wir bei Paul Schüller leider vermissen. Das ist schade, weil Schüller als bewährte Kraft gilt, die allerdings leicht zu Uebertreibungen neigt. Ganzrollen sind dem Hofkapellmeister Tholl sowie dem Vertrauten Romöns sowie der Opernsängerin Griss zugeordnet. Die Rollen von Henry Wahl und Helene Mäxinger-Staffan mit allem Raffinement ausgedacht. Tholls Tochter, Ella Loeb, erfreute mit viel Anmut und Lieblichkeit, während Ella Sofer als Hausbesorgerin die resolute Frauensperson heraufschrie. Das Zusammenspiel klappte, das kleine Orchester unter Schmitt Leitung strich kräftig die Saiten. Die Bühnenausstattung war sehr ansprechend, so daß das sowieso beifallsstürmische Hansatheaterpublikum mit Applaus nicht zu sparen brauchte. XX.

Neues Lichtspiel-Theater. Das Laaegespräch Lübeck's über der große deutsche Millionenfilm „Monna Wahna“. Das Urteil vom Publikum ist übereinstimmend das, daß es wohl der schönste Film ist, der bisher herausgebracht wurde.

pb. Ein gemeiner Diebstahl. Einem in der Waisenhofstraße wohnhaften Arbeiter ist von seinem an der Rosmühle gelegenen Gartenland eine Haselnußbaum wie ein Nadelbaum, ein Kiefer-

